



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung am 22.06.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Raum 114
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 15:00 Uhr bis 15:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Katharina Brederlow	Beigeordnete
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Daniel Petzold	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Prof. Dr. Christine Fuhrmann	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Christiane Bahadur	BMA
Ullrike Arnswald	Betriebsleiterin
Helena Raubuch	Verwaltung
Mark Habermann	Beschäftigtenvertreter EB EFA

Entschuldigt fehlten:

-

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Brederlow eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung fest. Zu Beginn der Sitzung waren 6 von 6 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. **Frau Brederlow** stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Brederlow stellte die Tagesordnung fest.
Frau Brederlow fragte nach Einwänden. Es gab keine.
Frau Brederlow bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2026
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht der Betriebsleitung
7. Beschlussvorlagen
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2026
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hat es keine Wortmeldungen gegeben.

Frau Brederlow erteilte anschließend Frau Arnswald das Wort.

Frau Arnswald berichtete anhand der den Mitgliedern vorab zur Verfügung gestellten Präsentation über den aktuellen Stand im EfA. Sie erklärte zudem, dass der überarbeitete Bericht der Betriebsleitung im Nachgang zur Sitzung in Session zur Verfügung gestellt werde.

Frau Arnswald erklärte zum Jahresabschluss 2025, dass die nicht in Anspruch genommenen Mittel noch im laufenden Jahr 2026 zurückgegeben würden.

Frau Brederlow erkundigte sich, ob diese Mittel an den städtischen Haushalt zurückgeführt oder lediglich nicht abgerufen wurden.

Frau Arnswald führte aus, dass es sich um nicht verwendete Gelder aus dem Zuschuss des EfA 2025 handele, welche zwar mit den Zuschussraten abgerufen, aber schlussendlich nicht verwendet wurden.

Frau Haupt fragte nach der Größenordnung dieser Mittel sowie danach, ob es sich um städtische Zuschüsse oder Fördermittel, beispielsweise vom Jobcenter, handele.

Frau Arnswald erläuterte, dass es sich um den Zuschuss des EfA der Stadt Halle (Saale) handele. Sie erklärte, dass die Planung des Wirtschaftsplanes des EfA immer vollumfänglich sein muss, da für z.B. Fördermittelgeber immer die Eigenmittel vorgehalten werden müssen. Die Summe belaufe sich auf rund 290.000 Euro.

Frau Brederlow führt aus, dass in 2025 die Betriebsleitung gewechselt hat und u. a. aufgrund der Umstrukturierungen durch Frau Arnswald Einsparungen erreicht werden konnten, die in der Wirtschaftsplanung in 2024 nicht absehbar waren.

Frau Haupt fragte, ob es sich hierbei um einen einmaligen Vorgang handele.

Frau Arnswald antwortete, dass dies nach derzeitiger Einschätzung einmalig sei. Sie gehe nicht davon aus, dass sich ein solcher Betrag künftig in vergleichbarer Höhe ergeben werde. Sie führte aus, dass frühestens im September des laufenden Jahres, mit Erstellung des Wirtschaftsplanes für das folgende Jahr, Tendenzen für das aktuelle Haushaltsjahr absehbar sind, jedoch grundsätzlich erst mit dem Jahresabschluss belastbare Ergebnisse dargestellt werden können.

Frau Brederlow verwies in diesem Zusammenhang auf das Haushaltskonsolidierungskonzept (HHKK), in dem auch für den EfA eine Reduzierung des städtischen Zuschusses vorgesehen sei.

Frau Brederlow führte über die Eigenständigkeit des EfA im Rahmen des HHKK aus, dass u. a. der Bundesfreiwilligendienst (BFD) innerhalb der Stadtverwaltung weiterhin über den Eigenbetrieb organisiert wird. Sie betonte, dass Aufgaben auch bei einer Auflösung des Eigenbetriebs weiterhin erfüllt werden müssten und nicht ersatzlos entfallen könnten.

Frau Brederlow erinnerte an die Maßnahmen nach §§ 16e und 16i SGB II. Die dort beschäftigten Personen seien über den Eigenbetrieb eingestellt und in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung eingesetzt worden. Es sei gelungen, einzelne Beschäftigte dauerhaft in Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Aktuell gebe es erneut Anfragen aus der Stadtverwaltung hinsichtlich solcher Beschäftigungen. Diese Entwicklungen müssten beobachtet werden.

Frau Brederlow ergänzte, dass sich die Stadtverwaltung jedoch derzeit zunächst auf den Eigenbetrieb Kindertagesstätten konzentriert, da dort deutlich größere finanzielle Dimensionen betroffen seien.

Herr Vierkant fragte, wo die erheblichen Verlustrisiken für den EfA bei einer Rückführung in die Stadtverwaltung lägen.

Frau Arnswald erläuterte, dass insbesondere Risiken durch wegfallende Eigenmittel oder Drittmittel sowie mögliche Rückforderungen laufender Förderprogramme bestünden. Dies könne für den laufenden Betrieb erhebliche Auswirkungen haben. Sie verwies beispielhaft auf Förderquoten durch EU und Land von bis zu 85 %. Aus diesem Grund müssten finanzielle Reserven vorgehalten werden. Fehle diese Absicherung, könnten Projekte ohne entsprechende Mittelvorsorge kurzfristig wegfallen.

Frau Arnswald führte weiter aus, dass der Wirtschaftsplan des EfA zwar eigenständig beschlossen worden sei, jedoch derzeit unter einer internen Haushaltssperre stehe, bis Entscheidungen zum HHKK getroffen würden. Dennoch bleibe der EfA handlungsfähig. Bei einer Integration in die Kernverwaltung würden sich entsprechende Prozesse deutlich schwieriger gestalten.

Frau Arnswald ergänzte, dass der EfA über vergleichsweise wenig Mitarbeitende für die personelle und fiskalische Umsetzung von Projekten und Maßnahmen verfügt und derzeit Projekte mit einem Volumen von etwa 7,6 Millionen Euro umsetzt.

Frau Brederlow ergänzte, dass bereits in der Kernverwaltung bekannt sei, wie langwierig Fördermittelprozesse sein könnten. Im EfA könnten solche Prozesse deutlich schneller bearbeitet werden. Sie erklärte, dass gerade dort, wo kurzfristiges Handeln erforderlich ist, die Kernverwaltung oftmals zu langsam ist.

Frau Arnswald verwies ergänzend auf die Vorteile eines eigenen Personalrates des EfA sowie auf die kürzeren Entscheidungswege. So könnten beispielsweise neue Anleitende für Maßnahmen deutlich schneller eingestellt werden. Sie führte aus, dass die Strukturen im EfA kleiner, effektiver und enger miteinander verzahnt sind.

Frau Arnswald erläuterte zum Programm BIWAQ, dass deutschlandweit ca. 150 Kommunen am BIWAQ-Programm teilnehmen. Die Prüfung durch die Knappschaft-Bahn-See sei inzwischen abgeschlossen. Sie erklärte, dass die abschließende Freigabe des zuständigen Ministeriums jedoch weiterhin aussteht.

Frau Arnswald ergänzte, dass, um auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen, ein entsprechendes Anschreiben an die zuständige Bundesministerin, Frau Hubertz, versandt wurde. Darüber hinaus habe Frau Ludwig (AWO SPI) ein Anschreiben beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung persönlich an die Referentin übergeben.

Frau Brederlow fragte, ob alle beteiligten Träger über das bestehende Risiko informiert wurden.

Frau Arnswald erklärte, dass bislang keine schriftliche Information erfolgt sei. Die Situation sei jedoch bei einem Trägertreffen in der letzten Woche kommuniziert worden.

Frau Haupt erkundigte sich nach der Anzahl der Betroffenen und den beteiligten Trägern.

Frau Arnswald erläuterte, dass im BIWAQ-Projekt die Träger AWO SPI, FWA und FEMO beteiligt sind. Sie erklärte, dass insgesamt über 390 Teilnehmende erreicht wurden, von denen rund 100 Personen in Beschäftigung vermittelt werden konnten. Besonders hervorzuheben sei die enge Zusammenarbeit mit den Quartiersbüros. **Frau Arnswald** ergänzte, dass das Projekt einen erheblichen Mehrwert geschaffen hat. Sie versicherte, dass die genauen Ergebnisse für die nächste Betriebsausschusssitzung des EfA am 28.09.2026 nochmals aufbereitet werden. Nach Frau Arnswalds Einschätzung könne das hallesche Projekt bundesweit durchaus als Leuchtturmprojekt bezeichnet werden.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann fragte nach dem jährlichen Fördervolumen.

Frau Arnswald bezifferte dieses auf rund 600.000 Euro pro Jahr.

Frau Haupt fragte nach den Gründen für die aktuelle Situation im BIWAQ-Programm.

Frau Arnswald antwortete, dass trotz umfangreicher Recherchen keine weitergehenden Informationen vorlägen. Sie verwies darauf, dass hinter dem Projekt zahlreiche persönliche Schicksale stünden, darunter Menschen mit Aufenthaltsstatus, Familien mit kleinen Kindern sowie Mitarbeitende und Teilnehmende, die sich außerordentlich engagierten.

Frau Arnswald führte weiter aus, dass sich das Projekt mittlerweile in der fünften Förderperiode befinde und bislang nahezu nahtlos fortgeführt wurde. Sie ergänzte, dass wenn die derzeit diskutierte Situation eintreten soll, das Projekt bereits in der kommenden Woche enden könnte, obwohl es sich über mehr als zehn Jahre erfolgreich etabliert hat.

Frau Arnswald ergänzte, dass zwar die Möglichkeit besteht, dass eine Bewilligung auch wenige Wochen später erfolgt, jedoch in diesem Fall damit zu rechnen ist, dass bereits Personal und Teilnehmende verloren gegangen sind. Sie erklärte, dass es fraglich ist, ob die beteiligten Träger eine Zwischenfinanzierung leisten können.

Frau Brederlow erklärte abschließend, dass der Betriebsausschuss fortlaufend informiert werde, sobald neue Informationen vorliegen.

Frau Brederlow fragte nach weiteren Fragen. Es gab keine.

zu 7 Beschlussvorlagen

Es gab keine Beschlussvorlagen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 9 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 10 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anfragen.

zu 11 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.06.26



Katharina Brederlow
Beigeordnete



Helena Raubuch
Protokollführerin